

Finanzstabilitätsbericht 2025 warnt vor steigenden Risiken Bundesbank: Risiken für das deutsche Finanzsystem haben sich erhöht

Ute Pappelbaum

Die Deutsche Bundesbank warnt in ihrem aktuellen Finanzstabilitätsbericht 2025 eindringlich vor einer Zunahme der Risiken für das deutsche Finanzsystem. Nach Einschätzung des Bundesbank-Vorstands Michael Theurer haben sich die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen im Zuge geopolitischer Spannungen, der US-Handelspolitik und der wachsenden Staatsverschuldung in Europa „deutlich verschlechtert“.



„Die deutsche Wirtschaft sieht sich strukturellen Herausforderungen gegenüber, und die hohen Bewertungsniveaus auf den Aktien- und Anleihemärkten bergen das Risiko größerer, plötzlicher Marktpreiskorrekturen“,

so Theurer bei der Vorstellung des Berichts in Frankfurt.

Damit zeichnet die Notenbank im 20. Jahr ihres Finanzstabilitätsberichts ein klares Bild: Das makrofinanzielle Umfeld ist fragiler, die Verwundbarkeiten nehmen zu.

Steigende Staatsverschuldung als systemischer Risikofaktor

Zentrales Thema des Berichts ist die zunehmende Staatsverschuldung in der Eurozone. Die Bundesbank spricht in diesem Zusammenhang von einem „toxischen“

Zusammenspiel aus hohen Schulden und schwachem Wachstum.

Zunehmende Staatsausgaben und eine wachsende Zinsbelastung könnten die Schuldentragfähigkeit in einzelnen Ländern erheblich beeinträchtigen. Besonders kritisch bewertet die Bundesbank, dass viele Banken, Versicherer und Fonds noch immer umfangreiche Bestände an heimischen Staatsanleihen halten – ein sogenannter Staaten-Banken-Nexus, der bei Kursverlusten gefährliche Ansteckungseffekte auslösen könnte.



„Damit die Schulden tragfähig bleiben, muss Europa dauerhaftes Wirtschaftswachstum erzielen“,

mahnt Theurer. Strukturreformen müssten durch glaubhafte Fiskalregeln flankiert werden. Deutschland habe hier

als Stabilitätsanker der Währungsunion eine besondere Verantwortung.

Während die deutsche Schuldenquote trotz Anstieg noch als tragfähig gilt, sieht die Bundesbank in anderen Euroländern wachsende Risiken: „Die veränderten nationalen Fiskalregeln garantieren weder langfristige Tragfähigkeit noch die Einhaltung der EU-Regeln.“

Kreditrisiken und Marktvolatilität nehmen zu

Im Bankensektor haben sich laut Bericht die Kreditrisiken seit Ende 2022 kontinuierlich erhöht. Zunächst war vor allem der Gewerbeimmobiliensektor betroffen; inzwischen erfasst die konjunkturelle Schwäche auch andere Branchen. Die Quote notleidender Kredite steigt weiter. Parallel dazu sind Banken Marktrisiken ausgesetzt: Sollten sich die Anleihekurse aufgrund der hohen Staatsverschuldung abrupt ändern, drohen bilanzielle Verluste.

Die regulatorischen Eigenkapitalquoten erscheinen auf den ersten Blick komfortabel. Doch Theurer relativiert:

„Trotz der verschlechterten Risikolage bleiben die Risikogewichte bei systemrelevanten Banken niedrig. Die ausgewiesenen Kapitalquoten könnten eine Resilienz nahelegen, die tatsächlich geringer ist.“

Damit mahnt die Bundesbank zur Vorsicht vor Scheinstabilität: Zahlen auf dem Papier ersetzen keine echte Krisenfestigkeit, wenn Marktbewertungen plötzlich kippen.

Nichtbank-Finanzintermediäre im Fokus

Einen weiteren Risikokomplex sieht die Bundesbank in der wachsenden Rolle von Nichtbank-Finanzintermediären (NBFi) – also Versicherungen, Fonds und Pensionskassen. Diese Akteure seien inzwischen eng untereinander und mit Banken vernetzt. In Stressphasen können dadurch Schocks im Ausland unmittelbar auf das deutsche Finanzsystem übertragen werden.

Die Bundesbank verweist auf umfangreiche gemeinsame Wertpapierportfolios zwischen deutschen, luxemburgischen und irischen Fonds – ein Mechanismus, der Ansteckungseffekte über Marktpreise auslösen kann, wenn ein Akteur gezwungen ist, Vermögenswerte zu verkaufen.

Zur besseren Überwachung dieser Risiken fordert die Notenbank grenzüberschreitenden Datenaustausch und eine engere internationale Aufsicht. Datenlücken bei ausländischen Fonds erschwerten bislang eine präzise Bewertung systemischer Gefahren.

Makroprudenzielle Maßnahmen bleiben angemessen

Trotz der verschärften Risikolage hält die Bundesbank ihre makroprudenziellen Maßnahmen für angemessen. Das Paket umfasst den antizyklischen Kapitalpuffer sowie den sektoralen Systemrisikopuffer für Wohnimmobilienkredite, der im April 2025 von 2 auf 1 Prozent gesenkt wurde.

Theurer betonte, dass die Basel-III-Reformen die Resilienz des Bankensystems insgesamt gestärkt hätten. Allerdings sei die Regulierung inzwischen überkomplex geworden.

„Banken müssen derzeit Eigenkapitalanforderungen für eine Vielzahl von Zwecken erfüllen. Wir plädieren hier für eine Vereinfachung der Anforderungen“,

so Theurer.

Besonders kleine, nicht-komplexe Institute sollen künftig von einem vereinfachten Aufsichtsrahmen profitieren, ohne dass die Stabilität des Gesamtsystems darunter leidet.

Deutschland als Stabilitätsanker – und Prüfstein

Insgesamt deutet laut Bundesbank vieles auf einen Aufschwung des Finanzzyklus hin – die Kreditvergabe nimmt wieder zu, die Immobilienpreise stabilisieren sich. Dennoch bleibt die Lage „fragil und ungewiss“.

Die Botschaft des Finanzstabilitätsberichts 2025 ist klar: Wachstum, solide Finanzen und funktionierende Aufsicht sind die Säulen der Stabilität. Ein Finanzsystem kann dauerhaft nur so robust sein wie die Volkswirtschaft, die es trägt.

„Finanzielle Stabilität entsteht nicht durch neue Schulden, sondern durch Vertrauen“, resümiert die Bundesbank.

Der Bericht zeigt deutlich: Die Bundesbank warnt vor Selbstzufriedenheit. Hohe Staatsverschuldung, geopolitische Risiken und zunehmende Vernetzung im Finanzsystem könnten die Stabilität Deutschlands und Europas gleichermaßen gefährden.

Versicherungs- und Finanznachrichten

expertenReport



<https://www.experten.de/id/4946820/Bundesbank-Risiken-fuer-das-deutsche-Finanzsystem-haben-sich-erhoeht/>